

1. Welche Bedeutung hat für Sie der Landesjagdverband Baden-Württemberg und die Kreisjägersvereinigungen als Partner im ländlichen Raum?

ANTWORT:

Die Jagd ist ein tausende Jahre altes gelebtes Kulturgut. Jäger sind aktive und staatlich geprüfte Naturschützer mit erstklassiger Ausbildung. Dies unterscheidet sie von allen anderen ehrenamtlichen Naturschützern. Sie zu unterstützen, ist uns eine zentrale Angelegenheit. Der Landesjagdverband und die Kreisjägersvereinigungen sind dabei die zentralen Partner im ländlichen Raum: Sie kennen die Gegebenheiten vor Ort, sind nah an der Praxis und deshalb für Bereiche wie Naturschutz, Seuchenprävention und Wildschadensvermeidung unverzichtbar. Zudem leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Ehrenamt. Diese Kompetenz muss politisch ernst genommen und systematisch eingebunden werden.

2. Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit der Kreisjägersvereinigung Reutlingen konkret vor (z. B. regelmäßige Gespräche, feste Ansprechpartner, Einbindung bei Gesetzesvorhaben)?

ANTWORT:

Die Zusammenarbeit stelle ich mir nach klaren Strukturen vor:

- Für Gespräche stehe ich als Abgeordneter immer zur Verfügung – entweder bei konkretem Bedarf, gerne aber auch in einem regelmäßigen (z.B. jährlichen) Austauschformat
- In der FDP-Fraktion hat die Kreisjägersvereinigung einen festen Ansprechpartner im fachlich zuständigen Abgeordneten Klaus Hoher, vor Ort bin gerne ich zukünftig zentraler Ansprechpartner. Auch im zuständigen Ministerium muss es klare Strukturen geben, für die wir uns als FDP bei einer Regierungsbeteiligung einsetzen werden.
- Bei Gesetzesvorhaben mit Jagdbezug müssen die Jägersvereinigungen meiner Meinung nach immer gehört und einbezogen werden.

3. Welche konkreten Unterstützungsleistungen wollen Sie fördern/ermöglichen?

o finanzielle Unterstützung (z. B. für Schulungen, Wildunfallwesen, Nachwuchsarbeit)

o organisatorische Unterstützung (z. B. schnellere Behördenwege, klare Zuständigkeiten)

o fachliche Einbindung (z. B. runde Tische/Arbeitsgruppen auf Kreis-/Landesebene)

ANTWORT:

- Finanziell: zielgerichtete Förderung für Schulungen, Wildunfallwesen, Nachwuchsarbeit und Seuchenprävention – ohne neue Fördertöpfe mit übermäßiger Bürokratie, sondern als verlässliche Unterstützung
- Organisatorisch: Genehmigungen müssen schneller erteilt werden, Antragsstellungen müssen digital möglich sein. Doppelstrukturen, die unklare Zuständigkeiten schaffen, werden gestrichen
- Fachlich: Regelmäßige Anhörungen, die aber keine Alibi-Veranstaltung sind – es geht nicht um immer mehr Arbeitsgruppen-Sitzungen, sondern darum, dass die Ergebnisse daraus endlich ernst genommen werden.

4. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Praxiserfahrung vor Ort (Reviere, Hegegemeinschaften) in politische Entscheidungen einfließt?

ANTWORT:

Beteiligungsformate müssen eine höhere Verbindlichkeit erhalten. Politische Entscheidungen müssen stärker auf Revierdaten, Erfahrungsberichte aus Hegegemeinschaften und wissenschaftliche Begleitung gestützt werden. Wir wollen als FDP mehr Freiräume für die Praxis vor Ort schaffen, statt vom Stuttgarter Schreibtisch aus alles kleinteilig zu regulieren.

5. Welche Rolle soll die Jagd in Baden-Württemberg künftig spielen (Naturschutz, Wald/Wild-Balance, Seuchenprävention, Artenschutz, Wildschadensvermeidung)?

ANTWORT:

Jagd ist gelebter Naturschutz! Das wurde mir u.a. im Rahmen eines „Kern-Praktikums“ klar, als ich in Horb am Neckar einmal einen Tag mit einem Jägerehepaar unterwegs war, um Einblick in die tägliche Arbeit von Jägern zu erhalten. Deshalb darf Jagd nicht länger als umweltschädlich, tierwohlgefährdend oder Ähnliches abgestempelt werden – denn das Gegenteil ist richtig! Die Jagd muss deshalb in die Umwelt-, Artenschutz- und Naturschutzpolitik aktiv einbezogen statt ausgegrenzt werden.

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Waldumbau in Zeiten des Klimawandels zu fördern? Ist hierfür eine weitere Dezimierung der Schalenwildbestände, insbesondere Rehwild unumgänglich? Welche anderen Werkzeuge können eingesetzt werden?

ANTWORT:

Waldumbau gelingt nur mit einem Instrumentenmix: standortgerechte Baumarten, Schutzmaßnahmen sowie jagdliche Steuerung. Dort, wo es notwendig ist, darf natürlich auch die Dezimierung der Schalenwildbestände wie Rehwild kein Tabu sein. Diese Entscheidung sollte aber je nach lokaler Situationsanalyse vor Ort getroffen werden können. Für uns gilt der Grundsatz: Wald mit Wild.

7. Wie soll die Zusammenarbeit zwischen Forst, Landwirtschaft, Kommunen und Jägerschaft konkret verbessert werden?

ANTWORT:

Wir wollen als FDP Strukturen straffen und zwei von drei mittleren Verwaltungsebenen abschaffen. So gibt es weniger Ebenen, die Projekte aufhalten und verkomplizieren können – auch im Bereich Forst, Landwirtschaft und Jägerei. Dadurch bekommen die Kommunen mehr Entscheidungsbefugnisse, um besser auf die konkrete Situation vor Ort eingehen zu können. Das kommt gerade auch dem Bereich der Forstwirtschaft und der Jägerschaft zugute.

8. Wo sehen Sie Möglichkeiten zum Bürokratieabbau für Reviere und Jagdausübungsberechtigte?

ANTWORT:

Auch hier setzen wir auf die Straffung von Verwaltungsstrukturen. Mehr Ebenen schaffen immer auch mehr Bürokratie. Durch eine Verwaltungsreform sorgen wir dafür, dass dies gestoppt wird. Zudem müssen digitale Verfahren ausgebaut werden. Der Grundsatz muss lauten: Weniger Papier, mehr Vertrauen.

9. Wie stehen Sie zu einem möglichen „Rotwildgebiet Schwäbische Alb“?

ANTWORT:

Wir stehen zu einem modernen Rotwildmanagement. Ein Rotwildgebiet Schwäbische Alb kann sinnvoll sein, wenn es die Akzeptanz vor Ort hat, von den beteiligten Akteuren gewünscht wird. Es darf nur nicht zu einem ideologischen Projekt werden, sondern muss ein pragmatisches Managementinstrument bleiben.

10. Wie stehen Sie zu Leinen- und Wegegebot in den Wäldern? Soll die 2-Meter-Regelung im Wald beibehalten werden?

ANTWORT:

Wir halten an der 2-Meter-Regelung fest. Ein generelles Leinen- und Wegegebot halten wir für nicht zielführend.

11. Wäre für Sie ein grundsätzliches Betretungsverbot des Waldes von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang eine Option zur Verbesserung der notwendigen Ruhe für unsere Wildtiere und damit einer Reduktion von Verbiss?

ANTWORT:

Ein generelles Verbot halte ich nicht für zielführend. Stattdessen sollten lokal flexible und gezielte Maßnahmen ergriffen werden können, wo dies vor Ort nötig ist. So bleibt die Verhältnismäßigkeit gewahrt und problematische Situationen können in sensiblen Bereichen regional differenziert dennoch angegangen werden.

12. Werden Sie sich für eine einheitliche, rechtssichere und praxistaugliche Verwaltung des Waffenrechts in Baden-Württemberg einsetzen? Wie stehen Sie zu einer behördlichen Bedürfnisprüfung allein wegen einer „hohen“ Waffenanzahl bei Jägern?

ANTWORT:

Ich setze mich klar für eine einheitliche, rechtssichere und praxistaugliche Verwaltung ein. Eine pauschale Bedürfnisprüfung allein wegen einer „hohen“ Waffenanzahl bei Jägern lehne ich ab – entscheidend ist die Prüfung der Rechtstreue, nicht die Stückzahl.

13. Stehen Sie klar zum Reviersystem (Eigenjagden/Gemeinschaftsjagden) als tragende Säule von Verantwortung und Hege oder ist die Jagd der Zukunft das Regiejagdsystem?

ANTWORT:

Ich stehe eindeutig zum Revierjagdsystem. Es bietet zahlreiche Vorteile wie Pachteinahmen, klare Haftbarkeitsregeln, weniger Verwaltungsaufwand und die Entlastung öffentlicher Haushalte. Regiejagdsysteme verursachen einen deutlich höheren Aufwand und Kosten, die ich nicht durch eventuelle Vorteile des Systems aufgewogen sehe. Grundlage müssen immer angepasste Wildbestände sein.

14. Setzen Sie sich für eine zeitgemäße Jagd im Biosphärengebiet, auch in den Kernzonen ein?

ANTWORT:

Ja, ich setze mich für eine zeitgemäße Jagd im Biosphärengebiet, auch in den Kernzonen, ein. Dafür braucht es klare Regeln, aber keine pauschalen Ausschlüsse.

15. Befürworten Sie ein aktives Bestandsmanagement von Wolf & Co., einschließlich rechtssicherer Entnahmen bei Problemen?

ANTWORT:

Klares Ja. Als FDP setzen wir uns schon seit vielen Jahren für die Aufnahme des Wolfs, aber z.B. auch des Bibers und der Saatkrähe in das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz ein. Die Blockade dieser Reform durch die Grünen in den vergangenen Jahren bedroht land- und forstwirtschaftliche Existenzen. Es braucht die Möglichkeit zur rechtssicheren Entnahme.

16. Wie soll das Bibermanagement angesichts wachsender Bestände und zunehmender Schäden/Interessenkonflikte an unseren lokalen Gewässern künftig geregelt werden? Reichen die bestehenden Instrumente (Beratung, Prävention, Entschädigungen, Ausnahmegenehmigungen) aus – oder braucht es neue, praxistaugliche Regelungen? Und wie stehen Sie zu einer vereinfachten Entnahmeregelungen (wie z.B. Bayern) in definierten Konfliktgebieten?

ANTWORT:

Die aktuellen Regeln reichen eindeutig nicht aus. Wir setzen uns dafür ein, auch den Biber in das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz aufzunehmen und rechtssichere Entnahmen zu ermöglichen. Die aktuelle, ideologisch geprägte Schutzpolitik, die durch die Grünen vorangetrieben wurde, ist jedenfalls gescheitert.